

[Home](#) > [Hamburg & Region](#) > [Stade](#)

[zurück zu Nachrichten Stade](#)



## Bebauungspläne für Kohlekraftwerk scheitern am Lärmschutz

**Stade** - Das Kohlekraftwerk von Electrabel wird nicht in Bützfleth gebaut, davon ist Sabine Klie von der Bürgerinitiative "Für eine umweltverträgliche Industrie" überzeugt. Grund für diese Prognose ist ein Beschluss des Obergerichtes Lüneburg, in dem der Bebauungsplan des Electrabel-Werkes für ungültig erklärt wurde. Wie berichtet, hatte die Bürgerinitiative einen Eilantrag gestellt, dem nun stattgegeben wurde. Auch die folgende Klage habe gute Erfolgsaussichten, meint Klie. "Wir werden uns wehren. Bützfleth ist schon jetzt der Slum von Stade", sagt Klie, die für die SPD im Bützflether Ortsrat sitzt.

Diesen Vorwurf weist Stades Bürgermeister Andreas Rieckhof entschieden zurück: "Bützfleth wertet sich mit dieser Aussage selbst ab." Stade sei ein Industriestandort und solle es auch bleiben. Er befürwortet die geplanten Kohlekraftwerke in Stade.

Rieckhof habe mit dem Urteil des Obergerichtes gerechnet. "Der Bebauungsplan des Electrabel-Werkes ist so nicht mehr zu retten", sagt er. Trotzdem geht er fest davon aus, dass Electrabel am Bau eines Kohlekraftwerks in Bützfleth festhalten wird.

Strittiger Punkt ist der Lärmschutz, der durch das Gerichtsurteil vollkommen neu geregelt werden muss. Rieckhof weist jedoch daraufhin, dass lediglich die Messungen der Lärmbelastung unwirksam seien. Andere gesetzlich vorgeschriebene Messverfahren würden nicht zwangsläufig andere Werte vorschreiben.

Rieckhof geht davon aus, dass die Stadt so genannte Lärmkontingente vergeben wird. Alle ansässigen Betriebe in dem Bützflether Industriegebiet würden vorgeschriebene Richtwerte für ihren Geräuschepegel erhalten. Electrabel rechnet mit einem Geräuschepegel von 45 Dezibel nachts und 60 Dezibel am Tag.

Im kommenden Jahr wird Rieckhof dem Stader Rat empfehlen, einen neuen Bebauungsplan zu erstellen. Dieser solle alle Interessensgruppen und somit auch die Bützflether Bürger berücksichtigen. Käme es dann zu keinen weiteren Einsprüchen, könnte der neue Plan in etwa neun Monaten erstellt sein. Davon geht Rieckhof allerdings nicht aus: "Problematisch ist, dass die Bürgerinitiative nun insgesamt industrie feindlich ist."

*nd*

erschienen am 30. Dezember 2008